

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreis bei Buchhandlungen und Zeitungen
für Kunst 1. Klasse 100,-, für 2. Klasse 50,-, durch Postkasse
RR. 2.00 einschl. 47,- Rep. Befrei. ohne
Postaufstellung. Bei Gewerbebetrieben
Reichsb. 1. Klasse 10 Rep., bei gleichzeitiger
Befreiung. Überland 2. Klasse 10 Rep.

Druck u. Verlag: A. Lippisch & Reinhardt, Dresden-N. I., Marien-
straße 38/52. Fernaus 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden.
Dieses Blatt enthielt die amtlichen Bekanntmachungen der
Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsgerichts beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Besatzungspreis R. 2. Klasse Nr. 8: Willkürzeitung
(20 von jetzt) 11,5 Rep. Radikal nach Städte R. 8.
Sonderausgaben u. Gitterzeitung Willkürzeitung
je 4 Rep. — Ritterzeitung 20 Rep. — Radikal
nur mit Quellenangabe. Dresdner Nachrichten,
Dresden 2. Schriftseite werden nicht aufbewahrt

Der Generalstreik in Paris abgeblasen

Rückzug der Gewerkschaften in letzter Minute

Paris, 30. Dezember.

Der von den marxistischen Gewerkschaften inszenierte Generalstreik bei der Pariser Verkehrsgeellschaft und in den öffentlichen Betrieben wurde am Donnerstag kurz nach fünf Uhr morgens abgeblasen. Dieses Zurückweichen der Gewerkschaften ist offensichtlich auf die feste Haltung der Regierung zurückzuführen.

Die Arbeit sollte heute morgen in allen betreuten Betrieben wieder aufgenommen werden. Die Betriebe dürfen jedoch erst in den Vormittagsstunden wieder voll arbeiten, da erst alle Streikenden von der neuen Lage unterrichtet werden müssen.

Chautemps verhandelte nicht

Die Vertreter der verschiedenen Gewerkschaften sahen den Beschluss, den Streik abzubrechen, auf Grund eines ausführlichen Berichtes, der ihnen im Anschluß an die Versprechen der Gewerkschaftsvertreter mit dem Innenminister Doron erachtet wurde. Ministerpräsident Chautemps hatte an seinem Entschluß festgehalten, jeden Empfang von Abordnungen bis zur Wiederaufnahme der Arbeit abzulehnen.

Die wichtigsten industriellen Betriebe standen unter militärischer Bewachung, und die im Einvernehmen mit dem Generalstab vorgesehenen, für den Fall des Bürgerkriegs geltenden Vorbereitungen waren getroffen. Daß sie nicht verständig, so wäre ein Teil der im industriellen und politischen Mobilisierungsplan vorgesehenen Maßnahmen in Kraft gebracht worden. Die Regierung erklärt außerdem noch in der Nacht, daß sie unter Umständen nicht nur weiteres Militär zur Sicherung und Durchführung der Betriebe eingesetzen, sondern notfalls auch zu einer Neutralisierung freien wollte, das heißt gewisse Betriebe der Militärverwaltung unterstellt werden oder ihre Arbeiter und Angestellten als im Aufstand der Mobilisierung befindlich zu erklären gedenkt, wodurch sie automatisch unter die Militärgerichte und die militärische Gerichtsbarkeit fallen.

Zu wenig Druck in den Gasleitungen

Bereits am Mittwoch waren zahlreiche Betriebe, wie Gasanstalten und Elektrizitätswerke polizeilich besetzt worden. Es war auch an den Einstieg einer Röhrille in den Gaswerken gedacht worden, da der Gasdruck am Mittwoch bereits sehr schwach war. Das Ausbleiben der Röhrille machte sich besonders in dem Stadtviertel um die Markthallen bemerk-

bar. Die Straßen sind vor Schmutz und infolge der Abfälle, die sich beim starken Markthausverkehr ergeben, kaum bewohnbar.

Die Beerdigungen muhten am Mittwoch im allgemeinen unterbleiben und konnten nur vereinzelt stattfinden. An einem Sonnabend kam es auf dem Friedhof von Montparnasse, da der Friedhofsmauer sich weinigte, die Tore für einen Leichenwagen zu öffnen. Erst als die Feuerwehrmänner das Überfallkommando riefen, konnte die Beisetzung unter polizeilichem Schutz fortgesetzt werden.

Ungeheizte Umschlüsse

Das „Journal Officiel“, das amtliche Gesetzblatt Frankreichs, konnte wenigen der durch den Streik verursachten Störungen in der Gasbelieferung nur in verkürztem Umfang erscheinen. Die Amtsgebäude des Pariser Stadtrats und des Generalsatzes des Seine-Departements sind ohne Beizgang. Auch die Büroräume der Seine-Präfektur sind nicht geheizt worden. Etwa 15 Streikende haben die Betanzage des Pariser Rathauses besetzt und die Beizgang abgestellt.

Den ganzen Mittwoch über trafen in Paris aus der Provinz starke Abteilungen von Mobilgarde ein. Aus Breisgau kamen etwa 100 Offiziere, Mechaniker und Heizer der Kriegsmarine an, die in den öffentlichen Betrieben eingreifen sollten.

Vorspiel zur Trennung von den Kommunisten?

Großes Aufsehen hat die Erklärung des Ministerpräsidenten Chautemps erregt, in der er die Untergründen der Streikbewegung angekündigt hat. Wenn er auch die kommunistische Partei nicht mit Namen nannte, bezeichnete er doch ziemlich deutlich diejenigen als die Verantwortlichen für die sozialen Unruhen, die ihre Anweisungen und Maßnahmen empfangen. „Époque“ stellt fest, daß die Erklärungen des Ministerpräsidenten einen außerordentlich beruhigenden Eindruck gemacht hätten. Besonders die radikalsoziale Kammerfraktion habe sie mit Begeisterung aufgenommen und sie als Vorbild zu einer endgültigen Trennung der Volksfront von den Kommunisten angesehen.

(Siehe auch Seite 2)

Randbemerkungen

Chautemps mit autoritären Methoden

Ebenso plötzlich wie er ausbrach, wurde der große Pariser Streik wieder abgeblasen. Nun kann also der Pariser seine gewohnten Verkehrsmitte wieder benutzen; die Straßen sind nicht mehr ungeeignet an den Straßen stehen, und die Polizei, die die Missionenstadt, die „Stadt des Friedens“, wie Paris oft genannt worden ist, ohne Gas und ohne elektrischen Strom im Dunkeln liegt, ist gebannt. Der Generalstreik bei den städtischen Betrieben war vollkommen unstillbar. Seinen wirtschaftlichen Untergrund fand er darin, daß bisher die städtischen Beamten und Angestellten nur die Hälfte der Budgets erhielten, die zum Ausgleich der steigenden Bevölkerungswelle den staatlichen Arbeitern und Beamten zugeworfen waren. Aber man war auf dem besten Wege, diese Kräfte zu lösen. Mitten in die Verhandlungen hinein, bei denen die möglichen Stellen der Forderungen vielen, plötzlich der Streikschluß. Die bekannten Elemente der französischen Sozialdemokratie wurden von ihm überumpelt und erklärt den Ausstand in diesem Augenblick für schweren Fehler. Ganz eindeutig war die Aktion von Mossé angezeigt. Sie war unter kommunistischer Beeinflussung nicht mehr eine wirtschaftliche Bewegung, sondern trug ausgesprochen politischen Charakter und verfolgte das Ziel, die bei den Kommunen verdeckte Regierung Chautemps in Schwierigkeiten zu bringen. Am Endeffekt wollte man eine Regierung zu Fall bringen, die war eine Regierung der Vollkontrolle, ist aber sich weniger, sich von der sozialistischen Politik völlig ins Schleppen nehmten zu lassen. Das die Sozialdemokratie bei diesem Streik mit der kommunistischen Taktik nicht einverstanden waren, erleichterte das rasche Herbeiführen seines Zusammenbruchs. In diesem Maße ermöglichte es aber auch die Regierung Chautemps, eine Haltung einzunehmen, die einmal nicht schwante, sondern seit jeher eingeschlossen war. Chautemps lehnte es ab, die Streikwiederholung überhaupt anzunehmen. „Geht erst einmal wieder an die Arbeit“, ließ er den Streikenden sagen, „aber rede ich überhaupt nicht mit euch“. Und zur Unterstützung seiner Forderung wendete er ein Mittel an, das noch nie seinen Eindruck verloren hat: Er drohte mit Massakern. Der Angriff auf das Militär wurde vorbereitet. Posten der polizeilichen Gittertruppe, der Mobilgarde, befreiten die von den Streikenden bedrohten Punkte. Den ganzen Mittwoch über trafen aus der Provinz starke Abteilungen der Mobilgarde ein, die mit Ulligendem Spiel durch die Straßen zogen und den Streikenden vor Augen hielten, daß sie auf Stahl beißen würden, wenn sie es auf eine Kämpftprobe ankommen ließen. In aller Eile wurden Nachkräfte der Marine in die Hauptstadt beordert, um notfalls die Elektrizitätswerke und andere lebenswichtige Betriebe in Gang zu halten. Diese Vorbereitungen wirkten. Sie waren allerdings undemokratisch. In einer Stunde der Gefahr griff die Regierung der Volksfront zurück auf Massakern an autoritären Charakter. Das verdient hochverdient geschahen zu werden. Die Drohung mit so gar nicht vollkommenmöglichen Durchgreifungen drohte die Reaktion. Also mußte wohl dem Autoritätsprinzip eine gewisse Überlegenheit innewohnen, wenn es die französischen Vertreter der Demokratie auch nicht gern zugeben. — Der Generalstreik der städtischen Betriebe ist von kurzer Dauer gewesen. Dennoch er Millionen von Parisern gesetzt, daß sie die Freiheit der Moskauer Habe am eigenen Felde spüren müssen und daß die Leidtragenden der sozialistischen Minderheit die breiten Massen des arbeitenden Volkes sind. Wird man in Frankreich eine Lehre daraus ziehen?

Rumänien will rumänisch werden

Was in Rumänien vorgeht, ist mehr als ein Regierungswechsel. Wir wollen schon verschiedenlich daran hin, so in unserem Lettartikel über die Eröffnungen in Rumänien vom 22. Oktober, daß eine große nationalistische Welle durch das Land geht, und kennzeichnen die Wurzeln aus denen sie wächst. Was wir damals andeuteten, kommt jetzt zum Durchbruch. Der König, der den hochherigen Einschluß hatte, dem anträngenden Neuen Raum zu geben, legte seinem neuen Ministerpräsidenten bei der Vereidigung: „Ihr Programm heißt Nationalismus.“ Damit gab er Gong die Welle, die zusammenklatscht mit dem Wort, das als Lösung dem Banner der nationalsozialistischen Partei eingekehrt ist: „Rumänien den Rumänen!“ Ein eigenartiger Wahlspruch, sollte man meinen, in einem Lande, das durch die Friedensverträge den Traum von Jahrhunderten verwirklicht sonnte, nämlich das Große Rumänien. Dieser Staat von heute entstammt an Fläche etwa Italien. Es ist ein reiches und ein schönes Land. Seine Grenzen umfassen alles, was zum rumänischen Volkstand gehört. Erst ist Besitztum von der russischen Herrschaft, die von Rumänen besiedelten Gebiete, die später zu Österreich-Ungarn gehörten, sind mit den Kernherrschaften vereinigt. Und trotzdem: Rumänien den Rumänen? — Ein Rätsel scheint dieser Wahlspruch, doch ist er doch bei näherer Betrachtung auf. Der Kaufpreis nämlich für Großrumänien war die Übernahme einer Revolution, die der westlichen Demokratie entsprach, aber nicht den Belangen des rumänischen Volkes.

Wenig bekannt ist, daß durch diese Verfaßung erst die Kunden in Rumänien die staatsbürgliche Gleichberechtigung erhielten und von nun ab erhält ihr Bestreben geltend machen konnten, politisch den auschlaggebenden Einfluss zu gewinnen. Die Angaben über die Zahl der Juden, die Rumänien aufweist, schwanken zwischen einer und zwei Millionen. Die große Kluft zwischen den Zahlen liegt in den verschiedenen

Besihlften schon für das dritte Kind

Bei einem Einkommen bis zu 600 RM im Monat - Großzügige Neuregelung ab April 1938

Berlin, 30. Dezember.

Neben einem weiteren bedeutsamen Schritt auf dem Wege zum Ausgleich der Familienlasten berichtet der Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums, Reinhardt, im „Bürgerlichen Beschäftigten“.

Gegenwärtig stehen zur Gewährung von Kindergeldern und Kinderbezügen rund 20 Millionen RM zur Verfügung, und zwar aus der erhöhten Einkommenssteuer der Bediensteten und aus den Tilgungsbezügen aus Kindergeldern. Beide werden mit Beginn des Steuergeschäftsjahrs 1938, also ab 1. April 1938, weitere 270 Millionen RM jährlich kommen. Dieser neue große Beitrag wird, gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über den Ausbau der Rentenversicherung, aus dem Aufkommen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen zur Verstärkung gestellt werden. Es ist dies ein Teil der Mittel, die nach Überwindung der Massenarbeitslosigkeit im Haushalt der Reichsankunft entfallen geworden sind.

Bei der Verwendung dieser Mittel zum Ausbau der laufenden Kinderbezüge ist eine Beschränkung auf die Höhe und Gehaltsempfänger erforderlich, denn nur sie sind an der Aufstellung der Mittel beteiligt. Es wird dabei aber der Kreis der Empfänger erweitert, in dem seit der bisherigen Grenze von 1200 RM. Zwei- oder Gehaltseinkommen im halben Jahr ab April 1938 Empfänger von Zwei-

und Gehalt bis zu 7200 RM. im Jahr laufende Kinderbeihilfe bekommen können. Gegenwärtig betragen die laufenden Kinderbeihilfen 10 RM. monatlich für das 5. und jedes weitere Kind unter 18 Jahren. Ab April 1938 werden die laufenden Kinderbeihilfen bereits für das 3. und 4. Kind mit je 10 RM. monatlich und für das 5. und jedes weitere Kind mit je 20 RM. monatlich gewährt.

Bis zum September 1937 wurden laufende Kinderbezüge für rund 300 000 Kinder unter 18 Jahren gewährt. Seit Oktober 1937, nach Einsetzung der Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden, werden sie für rund 500 000 Kinder ausgedehnt. Durch die Erhöhung der Zahn- und Gehaltsgrenze werden ab April 1938 für rund 2 Millionen Kinder unter 18 Jahren laufende Kinderbeihilfen gewährt. Auch Arbeiter und Angehörige im öffentlichen Dienst werden laufende Kinderbeihilfen erhalten. Weiter werden ab April 1938 aus den zur Verfügung stehenden Mitteln aus Gattungen auf nationalpolitischen Erziehungsdankaten, anderen Höheren Schulen und Mittelschulen für hervorragend begabte Kinder gewährt, die nicht aus bereits bestehenden Quellen freistellen erhalten können.

Der Staatssekretär kündigt noch an, daß alle diese Maßnahmen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten weiter fortgesetzt werden, bis der Übergang in eine große Reichsfamilienkasse möglich sei, die voranschließlich 1938 errichtet werde.

Millionenschwindel mit einem Sandloch

New York, 30. Dezember.

Der New Yorker Staatsbankrott ist es gelungen, einem Großbaudschwindel von riesigem Umfang auf die Spur zu kommen. Über 1500 Schecks, die zum Teil seit einigen Jahren, vor allem in den Städten New York, Pennsylvania und New Jersey ausstehen, zum Teil aber auch jetzt ausgestanden sind, wurden Opfer eines Schwundkonzerns, das ihnen nach den bisherigen Feststellungen Etappensumme im Betrage von rund zwei Millionen Dollar abnahm. Die aus dem Osten kommenden Betrüger, die als Gläubiger auftraten, waren für eine große Siedlung auf Long Island,

deren Grund und Boden schon vorhanden sein sollte. Tatsächlich behaftete die Baude nichts als eine wertlose Sandbank. Die Anklage ist gegen 61 Mitglieder der Baude erhaben worden. Unter den Angeklagten befinden sich auch Mitarbeiter einer durchaus dunklen Blätter, die als Männer von einer Tiefen See aus das Bild einer großen rumänischen Eisdung auf amerikanischem Boden mit den Tränen der Liebe und der Sprache der Heimat vorgezaubert. Die Schwuler zeigten ihren Opfern die Gründisse von neu zu errichtenden Fabriken, vor allem von Spinnereien.

Wenig bekannt ist, daß durch diese Verfaßung erst die Kunden in Rumänien die staatsbürgliche Gleichberechtigung erhielten und von nun ab erhält ihr Bestreben geltend machen konnten, politisch den auschlaggebenden Einfluss zu gewinnen. Die Angaben über die Zahl der Juden, die Rumänien aufweist, schwanken zwischen einer und zwei Millionen. Die grobe Kluft zwischen den Zahlen liegt in den verschiedenen